

SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bismark, ...

RUND UM DEN ROLAND

Diesmal
8
Seiten

Bürgerzeitung der SPD

Nr. 2/3. Jahrgang/März 1978

Bad Bramstedt. „Lassen Sie sich nicht verunsichern“ - das ist der Spruch, mit dem die CDU in jedem zweiten Exemplar ihrer CDU-Aktuells aufwartet.

Offensichtlich selbst stark verunsichert, unterstellt sie der SPD und insbesondere auch „Rund um den Roland“ Miesmacherei und die Verbreitung von Unwahrheiten.

Nur an Beispielen hat sie es fehlen lassen. **Nicht in einem Punkt konnte sie uns tatsächlich die Unwahrheit nachweisen.** „Wie denn auch“, können wir da nur fragen?

Wie heißt es doch so schön: Die Wahrheit ist hart und unerbittlich! Das scheint auch die CDU zu merken und das schmeckt ihr verständlicherweise nicht. Hatte man zu Zeiten, als es „Rund um den Roland“ noch nicht gab, alles immer im „rechten“ Licht darstellen können, so versagt dieses Vorgehen jetzt. Zuviel kommt aus dem Dunkel ans Licht.

Man hat offensichtlich gemerkt, daß 57 % bei der letzten Kommunalwahl zwar bayrische Wahlergebnisse sind, aber keinen Freifahrtsschein bedeuten.

Doch was macht die CDU: Sie eignet sich alle möglichen Dinge als ihre Ideen und Taten an (z.B. Sozialstation oder Fußgängerüberweg B 4) und hält ansonsten den Mund, um es nicht noch schlimmer zu machen als es ist. Ab und zu ein Durchhalteappell („Lassen Sie sich nicht verunsichern“) ist alles was zu vernehmen ist.

Wir warten jetzt nur noch auf eines, daß die CDU kurz vor der Wahl ein zugkräftiges Gerücht in die Welt setzt, um im letzten Moment das Ruder noch herumzureißen. Das Ganze möglichst so kurzfristig, daß die anderen nicht mehr antworten können, sonst könnte es ja nicht klappen. (Das Muster dafür lieferte übrigens Konrad Adenauer bei der Bundestagswahl 1957).

Aber vielleicht ist die CDU in Bad Bramstedt ja zu verunsichert, um im letzten Augenblick die Bürger noch zu verunsichern. Am 6. März werden wir alle klüger sein.

Ihre Redaktion

Schlimme Zustände

Bramstedts Sozialdemokraten besuchten die Schulen

In den vergangenen Wochen besuchten Mitglieder der SPD und ihrer Stadtverordneten-Fraktion die Bad Bramstedter Schulen, um sich an Ort und Stelle ein Bild von den dort herrschenden Verhältnissen und eventuellen Mängeln zu verschaffen.

Auslösend wirkten unter anderem häufige Klagen betroffener Eltern, die an unsere Stadtvertreter und Mitglieder herangetragen worden sind.

In Bad Bramstedt kursiert ein offizielles Papier der Stadtverwaltung, in dem mit zu erwartenden Schülerzahlen bis weit in die 80iger Jahre operiert wird. Auf der Grundlage dieser Zahlen wird der **jetzt vorhandene Schulraum als ausreichend für die Jahre nach 1985** prognostiziert.

Die Übergangszeit werde sich durch Klassenverlagerungen und durch geschicktes Gestalten der Stundenpläne schon ertragen lassen, so meinen die Verantwortlichen. Was von solcherart Berechnungen und Überlegungen zu halten ist, wird noch der Bad Bramstedter wissen, der sich an das Hick-Hack um den Neubau von Gymnasium und Realschule erinnert.

Nur durch massiven Einsatz der Eltern konnte der Neubau des Gymnasiums durchgesetzt werden. Die Entwicklung der Schülerzahlen hat der Elternschaft Recht gegeben.

Die jetzt seit einigen Jahren neue Realschule war als Grundschule geplant und konzipiert worden. Gebaut wurde sie schließlich, wiederum nur durch Engagement der Betroffenen, als

Realschule. Der damalige Schulleiter, Stadtverordneter Wieland, der auch Mitglied des Magistrats war (und noch ist), hat es zusammen mit der Verwaltung nicht vermocht, eine dem Bedarf angepaßte Schule hochzuziehen. Obwohl die neue Realschule in drei Bauabschnitten erstellt worden ist, **entsprach das Raumangebot niemals den Schülerzahlen.** Die Probleme für Schüler und Lehrer wuchsen von Jahr zu Jahr an.

Ergebnisse: (in Reihenfolge der Besuche)

Die Realschule befindet sich seit einigen Jahren in neuen Räumen auf dem Gelände am Maienbaß während die Sportanlagen den vorhandenen Bedürfnissen im allgemeinen voll genügen, ist die Unterrichtssituation der übrigen Fächer durch einen Raummangel gekennzeichnet.

Nicht alle Klassen können über einen eigenen Klassenraum verfügen. Dieser Mangel läßt sich mindern durch Einbeziehung der in größerer Anzahl vorhandenen Fachunterrichtsräume. Diese Lösung wird praktiziert, ist aber, nicht zu

Fortsetzung auf Seite 3

Und noch ein paar Sünden

Bad Bramstedt. In unserer letzten Ausgabe hatten wir alle Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die uneinheitlich abgestimmt wurden, aufgelistet. Die CDU bezeichnete dies als ihr „Sündenregister“. Nun ja: Jeder zieht sich den Schuh an, der ihm paßt.

Also sehen wir uns doch einmal einiges von dem an, was von der CDU an „Erfolgen“ ihrer Arbeit in den letzten vier Jahre gepriesen wird.

Das Altersheim Altonaer Straße wurde auf Beschluß der CDU-Mehrheit gegen die Stimmen der SPD und F.D.P geschlossen, weil es angeblich in seiner Bausubstanz nicht mehr erhaltungswürdig sei. Jetzt ist es der CDU gut genug für die Verwendung als Haus der sozialen Dienste, sprich Sozialstation, einer Anregung der SPD.

Der Fußgänger-Überweg am Kieler Berg ist eine unpolitischen Bürgerinitiative zu verdanken, zu der sich die Bewohner der umliegenden Häuser zusammengefunden hatten. Eine Idee der CDU war es ganz gewiß nicht.



Die Verkehrsplanung des Bleecks wurde unter Mißachtung der Vorschläge der SPD von der CDU durchgesetzt. Die von der SPD vorgeschlagene Hinzuziehung namhafter Verkehrsexperten wurde mißachtet. Die schlimmen Folgen für viele Verkehrsteilnehmer aus Bad Bramstedt und Umgebung kennen wir alle. Den Unfallschwerpunkt vor dem Rathaus wird sich die CDU sicher nicht als Verdienst anrechnen wollen.

Fortsetzung auf Seite 7

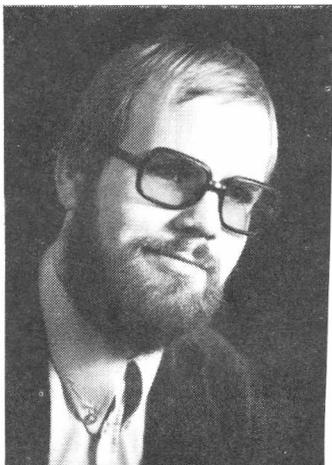


Die Stützpfiler werden gleich mit unterrichtet: Das Gebäude der Sonderschule L ist abbruchreif.

Wir stellen vor:

Heute stellen wir Ihnen jemanden vor, von dem man sagen könnte: Er ist noch nicht sehr bekannt. Doch was sagt dieses Urteil schon? Gerade in den letzten Wochen haben wir in unserem Ort erlebt, daß die „großen Bekannten“ oft nicht mehr zu zeigen haben, als ihre Bekanntheit. Das erinnert manchmal an Hollywoodfasaden: Nicht viel dahinter!

Doch nun zu unserem „Unbekannten“, den wir Ihnen etwas näher bekannt machen möchten.



Uwe Kersting wurde 1950 in Osnabrück geboren und wuchs mit einem Bruder in Extertal/Lippe auf. Nach dem Ablegen der Reifeprüfung 1969 nahm er in Kiel das Studium der Zoologie, Botanik, Anthropologie und Meereskunde auf. Neben dem Fachstudium lagen Schwerpunkte seiner Bemühungen auf den Gebieten der Pädagogik, Soziologie und Politologie. Seit Sommer 1976 ist Uwe Kersting Diplom Biologe und zur Zeit als Doktorand im Zoologischen Institut der Universität Kiel tätig. Hier erforscht er in der Arbeitsgruppe „Marine Ökologie und Systematik“ das Verhalten und die Verwandtschaftsbeziehungen einiger Krebsarten. Der Muschelbewuchs an den Pfählen und Kaimauern in der westlichen Ostsee als Lebensraum und dem Einfluß des Menschen auf diesen Lebensraum gelten seine Untersuchungen für die Doktorarbeit.

Seit 1968 ist er Mitglied der SPD. Nach politischer Tätigkeit in Nordrhein-Westfalen und anschließend in den Selbstverwaltungsgremien der Universität Kiel, kam er im Jahre 1975 nach Bad Bramstedt und widmet sich hier vor allem schulischen und kulturellen Fragen. Seit einem Jahr ist er Vorstandsmitglied der örtlichen SPD.

In der nicht immer reichlich bemessenen Freizeit betreibt er den Tauchsport, Photographieren und Lesen füllen weitere „Lücken“ in seinem Zeitplan.

Er ist Ihr Kandidat (zusammen mit Arnold Helmcke) im Wahlkreis IV!

Ein Platz ist frei für Sie!



Leserbriefe



an Jan-Uwe Schadendorf, Butendoor 11, 2357 Bad Bramstedt.

Impressum: „Rund um den Roland“ wird herausgegeben vom SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung. Herausgeber im Sinne des Pressegesetzes ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende, z.Zt. Karl Jacobi, 2357 Bimöhlen, verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt. Erscheinungsweise: 4-5 mal jährlich. Auflage: z.Zt. 4.500, Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

„G.-S.-Str.“-ungelöst

Bad Bramstedt. Nicht recht glücklich werden einige Anlieger mit der neuen Verkehrsregelung in der Graf-Stolberg-Straße. Gefährliche Begegnungen und Beinahezusammenstöße konnte man schon öfter beobachten.

Die vor einigen Wochen geschaffene Regelung ist offensichtlich nicht geeignet, die Verkehrsprobleme in dieser Straße zu lösen.

Die Frage, ob die Situation nun besser ist als vorher, ist kaum zu beantworten.

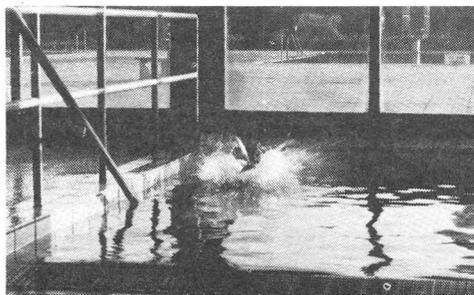
Merkwürdig an dieser Angelegenheit ist, daß von verantwortlicher Stelle nicht zu erfahren ist, wer die jetzige Regelung haben wollte und wer sie sich ausgedacht hat.

Das SPD-Mitglied **Hans Ohletz** hat sich in dieser Angelegenheit an Stadtverwaltung und Behörden gewandt. Als vordringliche Maßnahme hat er die Anbringung eines gegenverkehrsanzeigenden Schildes am Ende der Einbahnstraße vorgeschlagen.

Man kann nur hoffen, daß in der Graf-Stolberg-Straße durch die jetzige Verkehrsregelung keine schweren Unfälle passieren.



Übrigens



Das Altersheim wurde wegen eines jährlichen Zuschußbedarfs von 20.000.- DM geschlossen. Wann, so fragen wir uns, schließt die CDU das Freibad? Es kostet die Stadt jedes Jahr 300.000.- DM. Oder müssen vorher die Schulen und Kindergärten dicht gemacht werden? Die sind auch nicht gerade billig.

So nicht, meine Herren!

Skandalöses Verhalten von Ortspolitikern gefährdet unsere Demokratie

Es ist Wahlkampfzeit und manche Politiker zeigen wieder einmal, was in ihnen steckt und wie man glaubt, die Bevölkerung hinters Licht führen zu können. Aber mißt man sie an ihren Taten, dann kann sich nur noch jeder fragen, was das Getue eigentlich soll. Glaubt man wirklich unsere Bürger für dumm verkaufen zu können?

Zurecht sind große Teile unserer Bevölkerung empört, daß man sie seit 1970 mit einer Art Sondersteuer für neugeschaffenen Wohnraum zur Kasse bitten will. Mit diesem CDU-F.D.P.-Werk „Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse“ haben wir uns in unserer letzten Ausgabe schon eingehend beschäftigt.

Was ist daran nun skandalös und gefährdet unsere Demokratie?

Nach der Gemeindeverfassung soll jeder Stadtverordnete nur nach seinem eigenen Wissen und Gewissen entscheiden. Demnach sind seine Entscheidungen nicht nur für seine Mitbürger sondern auch für ihn selbst verbindlich. Nur so kann ein Politiker verlangen, daß seine eigene Rechtsauffassung von den Bürgern als Rechtsgrundlage akzeptiert wird.

Nicht so bei der Bramstedter CDU und F.D.P. Dieselben Leute die einträchtig diese Sondersteuer zum Gesetz gemacht haben und unserer Bevölkerung schon Hunderttausende aus der Tasche gezogen haben, zahlen nicht oder erheben heimlich (wir haben ja ein Steuergeheimnis) Einspruch gegen ihre Veranlagungen.

Dem geschickten Fragen der Sozialdemokraten und der ungeschickten Reaktion des höchsten Repräsentanten unserer Stadt ist es zu verdanken, daß die Öffentlichkeit trotz des Steuergeheimnisses erfahren konnte, daß der Bürgersteuher Warnemünde (CDU) die Sondersteuer nicht zahlen will, obwohl er sie 1970 mitbeschlossen hat. Das ist unglaublich, wenn es nicht wahr wäre!

Was macht nun die F.D.P.? Sie hat 1970 die Abgabe mit eingeführt. Heute versucht sie sich mit Bürgerberatung und kräftigen Äußerungen reinzuwaschen, um noch rechtzeitig zur Wahl ihre Fehlentscheidung vergessen zu machen.

Ein Sozialdemokrat ist es denn auch, der den zeitraubenden und schwierigen Musterprozeß wegen der Bauabgabensatzung gegen die Stadt führen muß.

Der SPD-Kreistagskandidat Reinhold Rath beschreitet diesen Weg, während einige CDU und F.D.P.-Politiker hoffnungsvoll mit dem Blick auf ihren eigenen Geldbeutel die Entscheidung abwarten.

Es gibt noch viele andere Beispiele über die Unwahrhaftigkeiten der CDU und F.D.P.-Politiker in Bad Bramstedt. Noch 1976 wollten beide Parteien Herrn Endrikat zum Bürgermeister wiederwählen: Wer heute Bürgermeister ist wissen wir alle. Oder verspricht z.B. die CDU nicht ständig, alles zu tun, um das Krankenhaus zu erhalten. Warum, muß man dann fragen, beschließt sie nicht mit ihrer absoluten Mehrheit, die Trägerschaft durch die Stadt zu übernehmen? Sie tut es nicht, weil sie mit diesem Thema nur Stimmen fangen will, das Krankenhaus selbst interessiert weniger.

Die F.D.P. sagt dazu gar nichts, um nichts Falsches zu sagen.

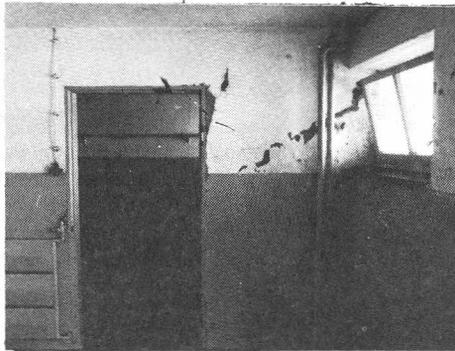
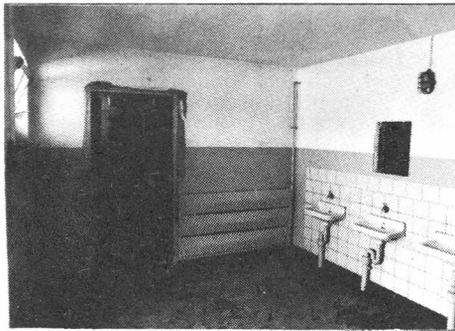
Die gleichen Leute, die dies (man muß wohl sagen: verzapft haben) kandidieren jetzt guten Mutes wieder für die Stadtvertretung.

Wann ist bei den Bürgern das Maß voll, kann man da nur noch fragen.

letzt aus pädagogischen Gründen, nicht akzeptierbar, zumal Schülerzahlen von über 30 pro Klasse die Regel sind. Die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (25 Schüler je Klasse) scheinen in Schleswig-Holstein nicht gehört worden zu sein. Erstaunlich ist die nicht immer gute Qualität der baulichen Substanz. Berichte von heruntergestürzten Deckenteilen und regendurchlässigen Dachkonstruktionen füllen ja in Abständen die Spalten der örtlichen Presse.

Über die bauliche Substanz der **Sonderschule L** am Maienbeek wird niemand ernsthaft diskutieren wollen. Einige Klassenräume lassen sich nur durch Abstützen der Deckenkonstruktion für den Unterricht nutzen. Und nur so hat jeder der zur Zeit 9 Klassen einen eigenen Klassenraum. Die beiden vorhandenen Fachräume für Werken und Nadelarbeit sind sehr beengt und für die Klassen mit größeren Schülerzahlen sichtlich zu klein.

Der Zustand der Schüler-Toiletten, die mit den Schülern der Grundschule Maienbeek und zum Teil auch der Hauptschule geteilt werden müssen, ist fast unbeschreiblich. Die Licht- und Luftverhältnisse spotten jeder Beschreibung. Durch die Lage des Toilettenhäuschens außerhalb der Schulgebäude ist es den Lehrern nahezu unmöglich gemacht, ihrer Aufsichtspflicht zu genügen. Die Belastung des ohnehin nicht gerade schülerfreundlich gestalteten Schulhofes durch gleichzeitige Benutzung als Halte- und Wendeplatz durch die Schulbusse und durch Führung des öffentlichen Weges über das Schulgelände ist als Dauerlösung nicht hinnehmbar.



Hier mag man weder „klein“ noch „groß“ machen

Wie wir erst kurz vor Drucklegung unserer Zeitung erfahren, hat sich die Schulsituation weiter verschärft. Mit dem Halbjahreswechsel mußte an der Sonderschule L eine 10. Klasse eingerichtet werden. Um auch dieser Klasse einen Raum zu geben, wurde der Nadelarbeitsraum als Klassenraum hergerichtet. Damit steht der Schule nur noch ein Fachraum zur Verfügung.



Ein Umkleideraum für alle in der Mehrzweckhalle



Die Realschule: in 3 Bauabschnitten gebaut und doch zu klein.

Die in den Jahren 1949/50 erbaute **Grundschule Maienbeek** erschreckt durch einen teilweise nicht befriedigenden Eindruck. Notwendige Arbeiten zur **Instandhaltung** der Fußböden und der Klassenwände unterblieben oder wurden jeweils zu lange hinausgeschoben. Den dreizehn Klassen stehen zehn Klassenräume und ein Fachraum (ehem. Zeichen- und dann Musiksaal), der seit zwei Jahren auch als Klassenraum genutzt wird, zur Verfügung. Zwei Klassen müssen also „wandern“.

Eine vor Jahren mögliche Lösung, zwei Anfängerklassen in einem Klassenraum unterzubringen (auf dem Papier ist es möglich, da den Anfängerklassen nur etwas über drei Stunden Unterricht pro Tag im Durchschnitt erteilt wird), ist aufgrund des jetzt auch in der Grundschule erteilten Fachunterrichts und dem Fachlehrersystem nicht durchzuführen. Pädagogische Gründe sprächen auch dagegen, denn gerade die frisch aus dem behüteten Dasein in ihren Elternhäusern in den Schulalltag gerissenen Kinder bedürfen hier eines eigenen Klassenraumes, mit dem sie sich identifizieren können. Auf dem langen Wege des Erwachsenwerdens ist dies ein unabdingbares Muß. Weiterhin muß das Gestühl dem Schüler, der sich in der Grundschulzeit in einem starken Wachstum befindet angepaßt sein, um Wachstums- und Haltungsschäden zu vermeiden.

Die notwendige Belegung des Musikraumes mit einer Klasse verhindert weitgehend einen kreativen musischen Unterricht, da die umfangreichen Orff'schen Klang- und Musikinstrumente nicht ohne Schaden zwischen den einzelnen Klassenräumen hin- und hertransportiert werden können. Die Turnhalle Maienbeek teilen sich Grundschule und Sonderschule. Die Situation der Umkleidegelegenheiten ist völlig unzureichend, da sich die Jungen auf der Empore umkleiden müssen. Eine Beaufsichtigung der Schüler ist so nicht möglich. Eine benutzbare Sportfläche im Freien ist nicht vorhanden.

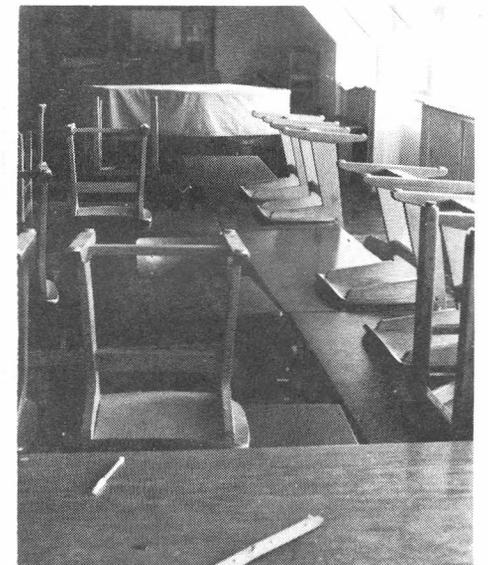
Die Räumlichkeiten der Schulleitung sind in keiner Schule so beengt wie hier. Die Maße des Lehrerzimmers reichen nicht aus, um alle Lehrkräfte unterzubringen. Da mag die skurile Lösung eines zweiten Lehrerzimmers für diejenigen Lehrkräfte, die in den Klassen des Neubaus unterrichten (zwischen dem Altbau und dem Neubau existiert übrigens keine Durchgang), als ein glücklicher Umstand erscheinen.

In dem Lehrerzimmer des Altbaus ist die Lehrerbücherei untergebracht, das führt zu einer weiteren Beengung. Das Lehrerzimmer des Neubaus beherbergt zusätzlich die Schülerbücherei.

Die **Hauptschule** ist neueren Datums als die Grundschule. 14 Klassenräume stehen 16 Klassen zur Verfügung. Zwei Klassen haben also keinen eigenen Raum. Eine größere Zahl von Fach- und Nebenräumen ergänzen die Klassenräume. Physikraum und Räumlichkeiten für Textiles Werken (1), und Werken (2), die Küche und ein angrenzender Eßraum (der vor kurzem noch Klassenraum war) sind nicht permanent befestigt und werden auch für den normalen Unterricht genutzt. Ein weiterer Raum, der in seiner jetzigen Form nicht als Klassenraum genutzt werden kann (Lüftungs- und Lichtprobleme) enthält nur die Schülerbücherei.

Das Gestühl ist aus allen möglichen Schulen zusammengewürfelt und überwiegend schlecht. Die Wände würden sich, wie auch in der Grundschule über etwas Farbe sicher freuen.

Die Schulverwaltung und die Lehrer sind im Vergleich mit dem Zustand der übrigen Schule, ausgezeichnet untergebracht. Auch wenn mit Hilfe der Fachräume ein einigermaßen geregelter Unterricht möglich ist, ist das Fehlen von z.Z. mindestens zwei Klassenräumen nicht zu billigen.



Der Zeichensaal: Heute Klassenraum mit musikalischem Hintergrund

Die **Grundschule am Bahnhof** ist wie die meisten Schulen in Bad Bramstedt Stückwerk. Der älteste Teil wurde ca. 1907 erbaut, befindet sich gegenwärtig jedoch in akzeptablem Zustand. Am auffälligsten erschien die Undichtigkeit der alten Fenster. Nach der Übernahme vom alten Gymnasium wurden einige Änderungsbauten durchgeführt, die zum Teil noch nicht abgeschlossen sind.

Im Neubau, der auch schon einige Jahre alt ist, wird in einigen Räumen der Unterricht ne starke Sonnenblendung erschwert. Zwei Räume sind nicht ordnungsgemäß beheizbar, der Mangel soll nach Auskunft von Heizungsfachleuten nicht zu beheben sein (!). Zum erstenmal steht in dieser Schule jeder Klasse auch ein Klassenraum zur Verfügung. Drei Fachräume ermöglichen einen verhältnismäßig ungestörten Fachunterricht. Die Existenz eines Filmraums würde die zusätzliche Unterbringung von weiteren 1-2 Klassen (bei Einschränkungen) ermöglichen.

Der relativ befriedigenden allgemeinen Schulsituation an dieser Schule stehen die Belastungen im Sportunterricht gegenüber. Er findet statt in der Vereinshalle der BT, die die Stadt angemietet hat. Es steht hier nur ein (!) Umkleideraum für Jungen, Mädchen und Lehrkraft zur Verfügung, der zudem sehr beengt ist und keine genügenden Ablagemöglichkeiten für die Kleidung bietet. Die einzige vorhandene Dusche versagt ständig ihren Dienst. Der einzige Weg in die Turnhalle führt direkt durch den Umkleideraum. Eine ordnungsgemäße Rasenfläche oder gar sonstige Sportanlagen sind nicht vorhanden. Das Ballspielen in der Halle ist seitens des Schulleiters untersagt, um den Putz an den Wänden zu lassen.



Schulleiter Jarren erläutert seinen Gästen die Situation



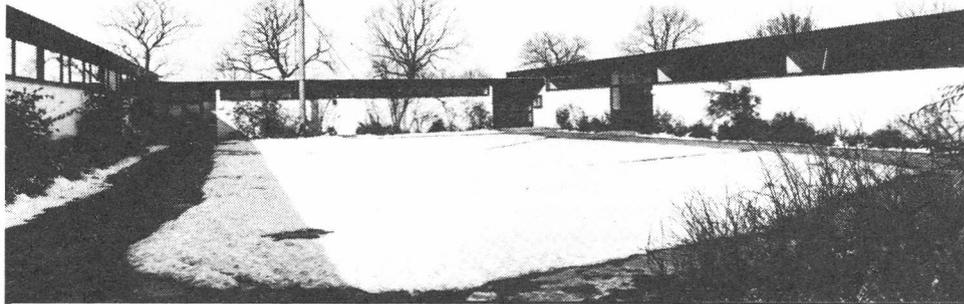
Umkleideraum in der Turnhalle „Am Bahnhof“

Die einzige Schule, die nicht über Raumangel oder sonstige Fehler zu klagen hat, ist das hiesige **Gymnasium**. Es soll hier nicht über die zahlreichen Fach- und Sonderräume berichtet werden, die teilweise recht aufwendig ausgestattet sind.

Zu erwähnen ist nur, daß man es sich an die-

ser Schule leisten kann, in Ermangelung eines Kellers, zwei Klassenräume als Abstellräume zu verwenden (Dr. March).

Dabei muß jedoch auch gesagt werden, daß immer noch die schon zehn Jahre alten Pavillonklassen größtenteils genutzt werden. Das war zum Zeitpunkt des Neubaus nicht vorgesehen.



Provisorium als Endlösung: Pavillonklassen am Gymnasium

Und das ist zu tun:

Unsere bisherigen Schulbesuche lassen die Besorgnis und die Klagen von Eltern, Lehrern und Schülern als berechtigt erscheinen. Die Schulverhältnisse in unserer Stadt sind erbärmlich; sowohl absolut in direkter Anschauung, als auch im Vergleich mit ähnlichen Städten und Gemeinden.

Durch eine Fehlpolitik und konzeptionslose Planungen der Verantwortlichen ist die Situation so brenzlich geworden. Ein fehlendes Engagement der Schulleitungen tat ein Übriges. Stümperei und Kleckerei haben die Situation der Realschule schier ausweglos gemacht. Eine jahrgangswise Auslagerung von Klassen in die Grundschule am Bahnhof, wie der Bürgermeister propagiert, (siehe Vortrag des Bürgermeisters Wedde vor der Hausfrauenvereinigung: Bramst. Nachr. v. 18.2.) würde das Problem nicht beseitigen, sondern nur der anderen Schule aufbürden. Wanderklassen in weiterführenden Schulen einen Raum zu verschaffen, indem man Wanderklassen in Grundschulen schafft, ist als zynisch und asozial abzulehnen.

Wenn schon eine endgültige Lösung des Problems angestrebt wird, so sollte doch bei dem Auslagern von Klassen nicht das Gymnasium übersehen werden! Die unterschiedliche Trägerschaft von Gymnasium und den übrigen Schulen sollte kein (hier wahrhaft bürokratisches) Hindernis sein.

Aber wie schon aufgezeigt, haben ja nicht nur Hauptschule und Realschule ihre Schwierigkeiten. Nicht immer hat der, der am lautesten schreit, auch die größten Schmerzen.

Die unglaublichen Zustände an den Bad Bramstedter Schulen können nur integriert, gleichzeitig beseitigt werden.

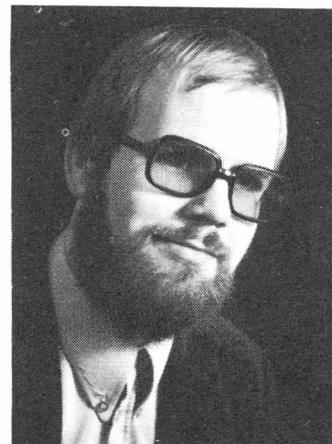
Drei Schulen haben mit der Raumnot zu kämpfen. Unzumutbare Umstände im Fachunterricht kommen hinzu.

Eine Verteilung der Not und eine Verwaltung des Mangels bis 1985, (dann soll sich ja alles durch Geburtenrückgang selbst geregelt haben), ist ein Betrug der bis zu diesem Jahre schulpflichtigen Kinder, Chancengleichheit wäre nur ein leeres Wort.

Außerdem darf auch die von der Kultusministerkonferenz empfohlene Verkleinerung der Klassenstärken auf maximal 25 Schüler pro Klasse nicht aus dem Auge verloren werden. Das Verwirklichen dieser berechtigten Empfehlung ist schon längst überfällig. Es würde jedenfalls weiteren Schulraum erfordern.

Außerungen gewisser führender Ortopolitiker, das alles sei nicht so schlimm, und sie wären in viel schülerreicheren Klassen als heute zur Schule gegangen, kann man nur entgegenhalten, daß heute schon Länder wie Frankreich Schweden und die Niederlande weit unter 20 Schüler in jeder Klasse unterrichten. (In Schleswig-Holstein ist erst kürzlich die zulässige Klassenstärke auf 39 Schüler pro Klasse heraufgesetzt worden).

Dieser Artikel stammt aus der Feder von Uwe Kersting



Es gibt keine akzeptierbare Lösung des Problems ohne die Schaffung neuer Klassenräume bei der Realschule. Da die Hilfe kurzfristig greifen muß, müssen es Mobilklassen sein. Außerdem bleibt so die Möglichkeit erhalten, sie später, wenn nötig, einer anderen Schule oder einem anderen Zweck zuzuführen. Vier Mobilklassen werden benötigt. Die Zahl erscheint nicht mehr so hoch, wenn bedacht wird, daß im Neubau der Hauptschule nur 11 Klassenräume vorgesehen sind und die Hauptschule heute 16 Klassen hat. Ohne eine ausreichende Anzahl von Mobilklassen würde in einigen Jahren der Mangel in noch stärkerem Maße eintreten.

Sollte es der Hauptschule wider Erwarten im neuen Schuljahr nicht gelingen, mit ihren vorhandenen Räumen auszukommen, gäbe es nur die noch vertretbare Lösung der Umsiedlung einer Grundschulklasse und zwar sollte es wegen des längeren Schulweges eine ältere sein.

Grundsatz jeglicher Überlegungen muß aber sein: **In unseren Schulen keine Wanderklassen.**

Zur Beseitigung der Probleme des Sportunterrichts ist ins Auge zu fassen:

Neubau einer Sporthalle am Bahnhof - Schaffung zumutbarer Nebenräume in der Turnhalle Maienbeek - Schaffung von Frei-Sportflächen am Bahnhof und am Maienbeek.

Ein Ergebnis unserer Schulbesuche wird sein, daß wir sie in regelmäßigen Abständen wiederholen werden, um das nackte Zahlenmaterial der Stadt durch Augenschein zu ergänzen.

Diese eine Reihe von Schulbesuchen reichte aus, um uns erkennen zu lassen, daß eine Planung nur unzureichend stattfand, daß alle Verantwortlichen und Betroffenen konzeptionslos aneinander vorbeiwirtschaften. Unsere Aufgabe wird es sein, einen Generalschulplan zu erstellen, um in Zukunft solch Flickwerk unnötig zu machen.

In diesen Tagen werden von den einzelnen Parteien die Kommunalwahlprogramme verteilt. Damit Sie sich ein Bild davon machen können, was diese Programme an neuen Ideen enthalten, veröffentlichen wir auf diesem Blatt die bereits bestehenden Pläne zur Entwicklung unserer Stadt. Diese Pläne sind einstimmig von allen drei Parteien beschlossen worden (wobei natürlich die Ideen zu einzelnen Punkten von verschiedener Seite kamen). Sowohl der Investitionsplan, den Sie auf dieser Seite finden, als auch der Flächennutzungsplan, den Sie auf der Rückseite in Kurzform sehen können, sind öffentlich einsehbar. Wir verraten also keine Geheimnisse mit dieser Veröffentlichung - die Erfahrung zeigt jedoch, daß nur wenige Bürger diese Pläne kennen.

Zur Erläuterung des Begriffes: „Investitionsplan“ hier die dazugehörige Regelung aus der neuen Gemeindeordnung: § 83 Finanzplanung.

1. Die Gemeinde hat ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Haushaltsjahr.
2. Im Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraus-

sichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten darzustellen. Als Unterlage für die Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm aufzustellen.

3. Der Finanzplan ist der Gemeindevertretung spätestens mit dem Entwurf der Haushaltssatzung vorzulegen. Der Finanzplan und das Investitionsprogramm sind jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

Investitionsplan der Stadt Bad Bramstedt 1977 — 81

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	Durchführungszeitraum	Gesamtkosten			
Einrichtungen für die gesamte Verwaltung Beschaffung von beweglichem Vermögen	lfd.	75.000.--	Straßenbaumaßnahmen <u>1977 beendete Maßnahmen</u> Bürgersteig Schäferberg Baigegebiet Hoffeld Baugebiet Achtern Höben Anlegung von Wanderwegen Fußweg Maienbeeck/Rosenstrasse Erschließung Maienbaß Anbindung Großenasperweg/Düsterhoop	bis 1977	467.000.--
Brandschutz Feuerwehrgerätehaus Beschaffung von beweglichem Vermögen	ab 1980 lfd.	500.000.-- 114.000.--			
Grund- und Hauptschulen Nach dem Investitionsprogramm des Schulverbandes sind folgende Maßnahmen geplant: Turnhalle Grundschule „Am Bahnhof“ Erweiterung Grundschule Hitzhusen Erweiterung Grundschule Wiemersdorf Neubau Hauptschule Beschaffung v. bew. Verm. Der Stadtanteil wird wie folgt vorausgeschätzt:	1977 bis 1981	Stadtanteil: 218.800.--	<u>1978 zu beginnende bzw. fortzusetzende Maßnahmen:</u> Erschließung Gewerbegebiet Ausbau von Wirtschaftswegen Ausbau Großenasper Weg einschl. Erschließung Lehmbarg Ausbau Sommerland Ausbau Butendoor (<i>Rest</i>) Ausbau verschiedener Stadtstraßen Ausbau Rosenstraße/Sellertwierte (<i>Rest</i>) Ausbau Lieth Ausbau Bachstraße Erschließung Südweststadt Schulwegsicherung Fußanbindung Fuhlendorfer Weg/ B 4 Erschließung Am Hang I. Bauabschn. Ausbau von Bürgersteigen <i>Liethberg-westl., Unter der Lieth, Fuhlendorfer Weg zwischen Unter der Lieth und Rosenstraße, Ramaker Stieg, Am Badesteig</i>	1978 lfd. 1977/78 1977/78 1976/78 lfd. 1978 ab 1977 1978 ab 1978 lfd. 1977/78 1978 1978 u.f.	120.000.-- 140.000.-- 276.000.-- 325.000.-- 41.000.-- 125.000.-- 78.000.-- 118.500.-- 168.000.-- 1.980.000.-- 12.000.-- 48.500.-- 77.000.-- 265.000.--
Realschule Inventarbeschaffung	lfd.	73.300.--	<u>ab 1979 zu beginnende Maßnahmen:</u> Neubau Entlastungsstraße sonstige Maßnahmen (pauschal) <i>Ausbau der Kieler Straße, des Stettiner Weges, des Königsberger Weges</i>	ab 1979 ab 1979	3.000.000.-- 1.400.000.--
Sonderschule Schulverbandsumlage	lfd.	30.000.--	Straßenbeleuchtung verschiedene Maßnahmen	lfd.	104.600.--
Öffentliche Büchereien Beschaffung von Büchereiräumen Beschaffung von bew. Verm.	ab 1979 1981	600.000.-- 50.000.--	Abwasserbesitigung (Hier führen wir die Einzelmaßnahmen nicht auf) Gesamt:	ab 1978	2.641.500.--
Altenclub Beschaffung v. bew. Verm.	1976/77	12.200.--	Bauhof Neubau Bauhof Fahrzeuge und Geräte	ab 1978 lfd.	400.000.-- 171.500.--
Kinderspielplätze Jugendzentrum Erwerb von Grundvermögen Umbaukosten	lfd. lfd. 1977	72.000.-- 202.700.-- 8.000.--	Fremdenverkehr Beschilderung Radwanderwege	1977	7.000.--
Haus des sozialen Dienstes Umbaukosten u.ä. Beschaffung v. bew. Verm.	ab 1978 ab 1979	30.000.-- 12.000.--	Wasserversorgung Zuweisung an Wasserwerk zur Erhöhung des Eigenkapitals	lfd.	139.300.--
Förderung des Sports Förderung von Investitionen der Vereine (u.a. Schützenverein, Reit- und Fahrverein, Bramstedter Turnerschaft, Tennisvereinigung)	ab 1977	197.200.--	Kur- und Badebetrieb Neubau Solequelle	1977	135.000.--
Badeanstalten Umbaukosten usw. Beschaffung v. bew. Verm.	lfd. lfd.	63.000.-- 66.200.--	Allgemeines Grundvermögen Erwerb von Grundvermögen:	lfd.	2.015.000.--
Park- und Gartenanlagen kleinere Maßnahmen	lfd.	50.000.--			18.300.800.--
Sonstige Erholungseinrichtungen Erholungsflächen, Landschafts- und Grünflächengestaltung Förderung des Kleingärtnervereins (Darlehen und Zuschüsse)	lfd.	615.000.-- 9.000.--			
Wohnungsbauförderung Wohnungsfürsorgedarlehen	1977/78	27.500.--			
Gemeindestrassen Grunderwerb	lfd.	1.020.000.--			

Flächennutzungsplan der Stadt Bad Bramstedt

Nach dem Bundesbaugesetz ist jede Gemeinde verpflichtet einen Plan für die künftige Entwicklung aufzustellen. Bad Bramstedt hat seinen Flächennutzungsplan 1970 aufgestellt und 1975 genehmigt.

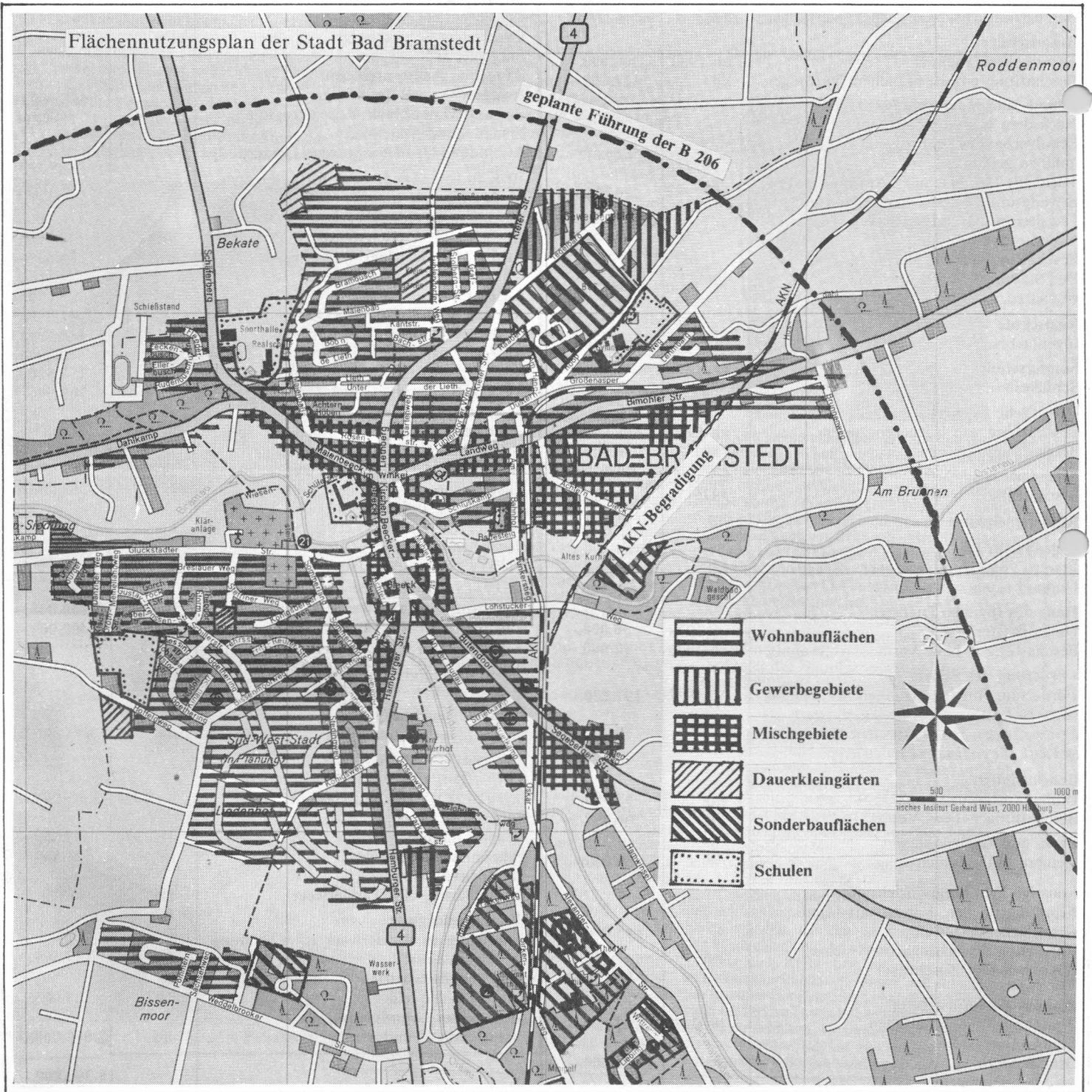
Wir veröffentlichen hier eine nicht ganz vollständige Darstellung, die jedoch unserer Meinung nach die wesentlichen Informationen enthält.

Im Flächennutzungsplan sind folgende Einrichtungen und Investitionen für Bad Bramstedt vorgesehen.

- Neubau der **Hauptschule** am Schäferberg
- Einrichtung von **Vorschulklassen** in der Grundschule „Am Bahnhof“
- Bau eines **3. Kindergartens** (ca. 100 Plätze) im Baugebiet Maienbaß
- Neubau eines **Jugendzentrums**
- **Bau eines städtischen Altersheimes** mit 45 Plätzen
- Anlegung eines **Erholungsgebietes** im Osterautal
- Errichtung eines **2. evangelischen Pfarrzentrums** in der Südweststadt
- Bau einer **Nordumgehung der B 206** (siehe Karte)

- (langfristig) Bau einer **Südtangente** von der B 4 nach Hitzhusen
- **Entlastungsstraße** zwischen der Glückstädter Straße (ab Höhe Einmündung Sommerland) und dem Maienbeek (Höhe Abzweigung des Maienbaß)
- **Verbindungsstraße** zwischen dem Landweg und dem Lohstücker Weg (über „Am Bahnhof“) und mit einer Verlängerung zum Butendoor
- Verlegung der **AKN-Trasse** (siehe Karte)
- Verlängerung des **Lohstücker Weges** in Richtung Bimöhler Straße (in etwa parallel zur geplanten AKN-Trasse)
- Anlegung eines **Parkplatzes** zwischen dem Landweg und dem Schlüskamp (hinter dem Krankenhaus)
- Schaffung eines **Park- und Festplatzes** hinter

- der Mühlenstraße zwischen Osterau und Lohstücker Weg
- Neubau des **Rathauses**
- Neubau des **Feuerwehrgerätehauses**
- Schaffung einer **Reitanlage**, Bau eines **Hallenbades**, Erweiterung der bestehenden **Sport- und Spielanlagen**
- **Spiel- und Bolzplätze** im Baugebiet nördlich des Brambusch, im Stadtkern, im Baugebiet An der Hudau, in der Südweststadt, im Baugebiet Bimöhler Straße/Achtern Dieck
- Erweiterung des **Gewerbegebietes**, um genügend Möglichkeiten für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben



Sozialdemokraten in der Wirtschaft

Bad Bramstedt. Wollte man alles glauben, was manche Politiker in Wahlzeiten von sich geben, so müßten die Bürger in unserer Stadt annehmen, daß ihr Wohl und Weh auch in wirtschaftlicher Sicht nur von der CDU abhängt. Zum Glück ist das nicht so, sonst sähe es ziemlich schlecht aus. Kommunalpolitisch hat die CDU nämlich abgewirtschaftet in Bad Bramstedt. Sie weiß sich nur noch zu helfen, in dem sie anderen Miesmacherei und Verteufelung vorwirft, um nur nicht auf deren Argumente eingehen zu müssen.

In Zeiten des wirtschaftlichen Booms hat die CDU-Mehrheit die Stadt dermaßen verschuldet, daß seit einigen Jahren die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand auf Sparflamme läuft. Wäre das Wirtschaftsleben unserer Stadt allein davon abhängig, wäre eine große Arbeitslosigkeit in Bad Bramstedt die Folge. Die CDU Politik war nämlich nur zur Erzeugung von Inflation und Arbeitslosigkeit geeignet.

Das Erwerbsleben in Bad Bramstedt ist zu mehr als 40 % von der Tätigkeit der Rheumaklinik abhängig. Hier sind es in erster Linie Sozialdemokraten, die in Führungspositionen (Reinhold Rath als Verwaltungsdirektor, Dr. Gerhard Josenhans als ärztlicher Direktor und Helmut Brüggemann als Betriebsratsvorsitzender) nicht zuletzt auch zum Wohle unserer Stadt und zu Gunsten vieler anderer Unternehmen tätig sind.

Sie haben es verstanden, durch eine konsequente Wirtschaftspolitik die Konkurrenzfähigkeit der Rheumaklinik so zu gestalten, daß die Bettenauslastung auch in den Privatpensionen und Hotels weit über Landes- und Bundesdurchschnitt liegt.

Die allgemeine Kostenexplosion des Gesundheitswesens konnte durch eine kluge und weit-sichtige Geschäftsführung in ihren Auswirkungen eingedämmt werden. Der Kurbetrieb stellt immer noch die Säule der Bramstedter Wirtschaft dar. (1977 haben fast 370.000 Fremdenübernachtungen in Bad Bramstedt stattgefunden).

Die allgemeine Wirtschaftsflaute konnte in Bad Bramstedt nicht so durchschlagen, weil man seitens der „Rheuma“ in der Rezessionsphase begonnen hat, zu investieren. Zahlreiche Modernisierungs- und Erweiterungsbauten im Bereich des Kurgebietes sind schon durchge-

führt worden, befinden sich im Bau oder in der abschließenden Planung.

Gerade vor wenigen Wochen wurde der I. Bauabschnitt des Baderinges fertiggestellt (ein 9-Mill.-Projekt) das Kurmittelhaus am Teich ist erweitert worden, ein zentrales Heizwerk und die Mooraufbereitungsanlage kosteten ebenfalls mehrere Millionen. Für 1980 ist der Neubau eines zentralen Bettenhauses mit einem Operationstrakt und einer Röntgenabteilung geplant.

Zusammen haben diese Bauaktivitäten ein Volumen von über 30 Mill. DM. Dazu kommen laufende Ausgaben in Höhe von 25 Mill. DM jährlich (zum Vergleich: der Haushalt der Stadt Bad Bramstedt hat einen Umfang von ca. 13 Mill. DM).

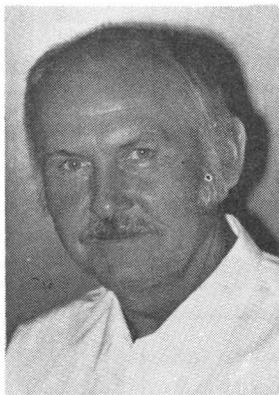
„Der Kurbetrieb kann in Bad Bramstedt nicht wichtig genug genommen werden“, hieß es in CDU-Aktuell Nr. 4. Diese Erkenntnis der CDU muß völlig neu sein, denn in den letzten Jahren ist davon nicht viel zu spüren gewesen. Man kassierte zwar gern die Kurtaxe für das Stadtsäckel, hatte es aber nicht nötig, Investitionen vorzunehmen. Man schaue sich nur die Straßen im Kurgebiet an und die Bürgersteige. Wenn es nicht unmittelbar CDU-Politikern nutzt, dann tut man auch nichts. Das ist zwar äußerst kurz-sichtig aber die gängige Praxis.

Es ist sicher nicht verfehlt, festzustellen, daß es Sozialdemokraten sind, die in Bad Bramstedt das Wohlergehen der Bevölkerung wesentlich mitbestimmen. Sie tun dies offenbar ganz gut. Man darf ruhig davon ausgehen, daß Sozialdemokraten auch die Geschäfte der Kommunalpolitik besser zum Wohle unserer Bevölkerung wahrnehmen können, als die Politiker der Partei, die bisher die Mehrheit stellt. Geben Sie daher der SPD durch Ihre Stimme Ihr Vertrauen. Es ist, wie gezeigt, gerechtfertigt.

Gerhard Binzus



Helmut Brüggemann



Dr. Gerhard Josenhans



Reinhold Rath

Fortsetzung von Seite 1

Und noch...

Im Zuge der Schulwegsicherung wollte die SPD u.a. schon sehr früh die zum Jürgen-Fuh-lendorf-Gymnasium führende Straße Düsternhoop gegenüber dem Großenasper Weg bevorrechtigen. Die CDU war dagegen, bis ihr von der SPD-Mehrheit dieser Antrag mit ihrer Mehrheit auch anzunehmen.

Einen überdachten Fahrradstand für die Realschule hielt die SPD für notwendig, nicht so die CDU. Erst als sich Interessenten für die Bebauung eines naheliegenden Geländes zeigten, war auch die CDU für einen Fahrradstand für die Realschule, allerdings an anderer Stelle als von der SPD vorgeschlagen.

Die Reparatur der Kieler Straße hielt die SPD schon lange für notwendig. Die CDU war dage-

gen, bis auch sie dahinter kam, daß die SPD Recht hatte, und so wurde die Reparatur denn auch durchgeführt.

Die vernünftige Anpassung der Verkehrsführung der Ampelphasen an der Kreuzung an der Kirche forderte die SPD, aber gegen die CDU-Mehrheit in Stadtvertretung und Ausschüssen konnte sie sich nicht durchsetzen.

Usw. usw. ... Die Reihe der von der CDU-Mehrheit in Bad Bramstedt blockierten Vorhaben zur Verbesserung der Verhältnisse in unserer Stadt ließe sich noch lange fortschreiben. Darum ist es einfach notwendig, daß die absolute CDU-Mehrheit überwunden wird, damit nicht weiter nur die Interessen einer kleinen Gruppe Mächtiger die Bad Bramstedter Kommunalpolitik bestimmen.

Wahltagssfliege

Bad Bramstedt. Eintagsfliegen sind hinlänglich bekannt. Mit einer Wahltagssfliege wartete jedoch der CDU-Ortsvorsitzende Bornhöft vor einigen Tagen auf. Eine bundesweite Bürgerinitiative gegen die Rentensanierung forderte er in staatsmännischer Weitsicht.

Da Herr Bornhöft für die Kommunalwahlen Themen aus der Stadtpolitik offensichtlich zu „heiß“ sind (weil negativ für die CDU) muß natürlich einmal mehr der CDU-Dauerbrenner „Renten“ erhalten. Schon jetzt kann man wohl behaupten, ohne Hellscher zu sein, daß diese Bürgerinitiativenidee den 5. März nicht überleben wird.

Nachwort zur „Elite“

Bad Bramstedt. In der gewohnt polemischen Weise versucht die Bramstedter CDU immer wieder aufs neue, die Bürger glauben zu machen, sie allein besitze das Rezept für die allgemeine Wohlfahrt und nur sie allein wisse, was uns Bürgern nutzt und frommt.

Verschämt versucht sie von dem nicht überraschenden, tiefen Eindruck abzulenken, den die im Ausschnitt veröffentlichte wissenschaftliche Arbeit über die Bramstedter „Elite“ in der Bevölkerung gemacht hat, über die „Elite“, die sich in der CDU wiedergefunden hat. Kühn werfen sie dem Autoren dieser Dissertation, also einer wissenschaftlichen Arbeit, Leichtfertigkeit im Umgang mit der Wahrheit vor und Miesmacherei. Mies wurde sicher niemand gemacht. Vielleicht mag sich der eine oder der andere bei seiner Erwähnung so gefühlt haben.

Am 5. März gibt der Musikzug der Bramstedter Turnerschaft sein 300. Kurkonzert im Theater des Kurhauses. Wir gratulieren im voraus zu diesem großartigen Jubiläum.



Unsere Kandidaten für den 5. März



V.l.n.r.: Gerhard Binzus, Jan-Uwe Schadendorf, Hans Ohletz, Dr. Gerhard Josenhans, Reinhold Rath, Helmut Brüggmann, Uwe Kersting, Ingrid Lehnert, Bodo Clausen, Arnold Helmcke, Hans Wetering.

Das Wichtigste, was Sie am 5. März tun können, ist: Zur Wahl gehen!
Wir bitten um Ihre Stimmen

Gemeindewahl			
Stimmzettel			
1	SPD	Name, <input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		Name, <input type="radio"/>	
2	SPD	Name, <input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
		Name, <input checked="" type="radio"/>	
3	FDP	Name, <input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		Name, <input type="radio"/>	

Bei der Gemeindewahl haben Sie zwei Stimmen. Sie dürfen zwei Kandidaten ankreuzen, die der gleichen Partei angehören können aber nicht müssen. Die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen ziehen für Ihren Wahlbezirk in das Stadtparlament ein.

Sie erhalten in Ihrem Wahllokal gegen Vorlage der Wahlbenachrichtigung und eines Ausweises zwei Stimmzettel nach obigen Mustern ausgehändigt. (Übrigens: Wenn Sie Ihre Wahlbenachrichtigung erhalten, aber verlegt haben, können Sie auch gegen Vorlage nur Ihres Ausweises wählen.)

Kreistagswahl			
Stimmzettel			
1	SPD	Name, <input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		Name, <input type="radio"/>	
2	SPD	Name, <input checked="" type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>
		Name, <input type="radio"/>	
3	FDP	Name, <input type="radio"/>	<input type="radio"/>
		Name, <input type="radio"/>	

Bei der Kreistagswahl ist von jeder Partei nur ein Kandidat je Wahlkreis aufgestellt. Sie dürfen also nur ein Kreuz machen. Der Kandidat mit den meisten Stimmen zieht in den Kreistag ein.

Das Kommunalwahlsystem in wenigen Sätzen

In unserer Stadtverordnetenversammlung sitzen 19 Stadtverordnete. Diese Zahl ist durch das Gemeindewahlgesetz für Orte mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern vorgeschrieben.

Ebenso ist durch dieses Gesetz festgelegt, daß von diesen 19 Stadtvertretern 10 in direkter Wahl zu wählen sind und zwar in fünf Wahlbezirken. Daraus ergibt sich, daß von jeder sich bewerbenden Partei in jedem Wahlbezirk zwei Kandidaten aufgestellt sind.

Der Wähler kann zwischen den Kandidaten, die in seinem Bezirk kandidieren auswählen und insgesamt zwei ankreuzen. Diese können

aber müssen nicht der gleichen Partei angehören. Die Kandidaten, die in ihrem jeweiligen Wahlbezirk die einfache Stimmenmehrheit erreichen, sind in die Stadtverordnetenversammlung gewählt, das sind in Bad Bramstedt also 10 Personen.

Die restlichen neun Sitze werden nach dem sogenannten **d'Hondtschen Höchstzahlverfahren** vergeben. Dieses geschieht folgendermaßen: Aus den fünf Wahlbezirken werden die Stimmen nach Parteien getrennt zusammengezählt. Anschließend werden die Summen nacheinander nach Parteien getrennt durch 1, 2, 3

usw. geteilt. Auf die daraus sich ergebenden 19 höchsten Zahlen werden die 19 Sitze vergeben.

Dabei werden die direkt gewonnenen Mandate auf die zustehende Sitzzahl angerechnet. Nachstehendes Beispiel (das außerdem noch eine Besonderheit enthält) soll diese nicht ganz einfache Materie verdeutlichen:

Angenommen in der Gemeinde X erhält die Partei A: 2900 Stimmen, die Partei B: 4.400 und die Partei C: 1.800. Weiterhin soll der Fall eingetreten sein, daß die Partei B alle 10 Direktbewerber durchgebracht hat, wenn auch z.T. mit geringem Vorsprung. Partei B und C haben kein Direktmandat erringen können.

Das d'Hondtsche Schema sähe dann wie folgt aus:

	Partei A	Partei B	Partei C
:1	2.900 (2)	4.400 (1)	1.800 (4)
:2	1.450 (6)	2.200 (3)	.900 (9)
:3	.967 (8)	1.467 (5)	.600 (14)
:4	.725 (12)	1.100 (7)	.450 (19)
:5	.580 (15)	.880 (10)	.360 ()
:6	.483 (18)	.733 (11)	
:7	414 ()	.629 (13)	
:8		.550 (16)	
:9		.489 (17)	
:10		.440 (20)	
:11		.400 ()	

Die Zahlen in Klammern geben an, das wievielte Mandat auf die jeweilige Zahl entfällt. Die Rechnungen für Partei A und C weiterzuführen war sinnlos, da die Zahlen in jedem Fall kleiner sind, als die von Partei B.

Wie Ihnen sicherlich auffällt, sind die Sitze bis 20 durchgezählt worden. Das hat folgende Bewandnis: Oben wurde angenommen, daß Partei B alle 10 Direktmandate erringt. Nach dem Zahlenschema stehen ihr jedoch nur 9 zu (den 19. Sitz hat Partei C erhalten). Nach dem Gesetz darf Partei B diesen **Mehrsitz** jedoch behalten. Es würden in diesem Fall also 20 Gemeindevertreter gewählt sein.

... und noch ein wenig Theorie

Hätte Partei B die 10 Direktmandate mit insgesamt nur 4.000 Stimmen errungen (bei gleichbleibenden Zahlen für A und C) dann würde auf ihren 10. Sitz nur eine Höchstzahl von 400 entfallen. Da sich auf den 7. Sitz von Partei A eine Höchstzahl von 414 errechnet, würde Partei A in diesem Fall ein **„zusätzliches Mandat“** erhalten. Es wären also 21 Gemeindevertreter gewählt.

Nach dem Gesetz dürfen insgesamt **höchstens doppelt soviele zusätzliche Mandate** vergeben werden, wie es **Mehrsitze** gibt.

Im Extremfall, wenn Partei B ihre 10 Direktmandate mit nur jeweils 1 Stimme Vorsprung erringt und auf Partei A und C gleichviel Stimmen entfallen (z.B. A: 3.000, B: 3.010, C: 3.000) könnten 28 Gemeindevertreter gewählt sein, obwohl nur 19 zu wählen waren.

Diese Möglichkeit ergibt sich daraus, daß in den Wahlbezirken zur Erringung eines Mandates nur die einfache Mehrheit und nicht die absolute (mehr als 50 %) Mehrheit der Stimmen erforderlich ist.

Eine Besonderheit der Kommunalwahlen, die sich bereits aus dem Gesagten ergibt, ist, daß man bei der Kommunalwahl mit seiner Stimmabgabe für einen Kandidaten auch dessen Partei wählt.

Bei der Bundestags- und Landtagswahl hat jeder Bürger zwei Stimmen. Jedoch wählt er mit der einen **nur** den Direktkandidaten und mit der anderen **nur** die Partei.

Wir hoffen, Sie mit diesen Ausführungen nicht gelangweilt zu haben. Wir meinen aber, daß jeder Bürger wissen sollte, was mit seiner Stimme geschieht, nachdem er in der Wahlkabine gewesen war.